



EFFAT

EUROPEAN FEDERATION OF FOOD, AGRICULTURE AND TOURISM TRADE UNIONS

PROTOKOLL DES RUNDTISCHGESPRÄCHES ÜBER ENTSANDTE ARBEITNEHMER

MADRID, den 5.11.2010

Arnd SPAHN, Agrarsekretär der EFFAT, eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Teilnehmer. Er stellt das Projekt „Entsendung“ vor, das die EU-Kommission finanziell unterstützt. Er erläutert kurz diesen Begriff: entsandte Arbeitnehmer sind festangestellte Mitarbeiter eines Betriebes in einem Land, die zeitweise in einem anderen Land ihre Arbeitsleistung erbringen. Wir werden die Arbeitsbedingungen und die möglichen Tarifverträge untersuchen. In Spanien gibt es keine Arbeitsverträge. Es handelt sich um Wanderarbeitnehmer. Kennen Sie Betriebe im Agrar- oder im Lebensmittelsektor, die Verträge mit Drittunternehmen abgeschlossen haben?

Gloria DE LUIS, EURES, Madrid: EURES hat kaum Kontakt zu entsandten Arbeitnehmern trotz wiederholten Anfragen zu dieser Form von Arbeit. Nichtsdestotrotz leiten wir ihre Beschwerden weiter.

Paz MARIN RODRIGUEZ, COAG (Arbeitgeber): wir leiten die Informationen auf territorialer Ebene weiter. Wir haben keine Angaben über das Bestehen solcher Firmen. Was die Richtlinie „entsandte Arbeitnehmer“ anbetrifft, werden wir unsere Stellung im Rahmen der laufenden Debatte einbringen.

Jesus ACASUSO, FTA- UGT: Arbeitnehmer werden zur Erbringung von Dienstleistungen entsandt. In Spanien empfangen wir Arbeitnehmer aus EU-Ländern und Drittstaaten aber keine Unternehmen. Unternehmen entsenden aber Arbeitnehmer nach Frankreich für verschiedene Ernten für eine Dauer von neun Monaten. Vier Unternehmen haben etwa 2.000 Arbeitnehmer entsandt.

Zurzeit erbringen 500 entsandte Arbeitnehmer ihre Arbeitsleistung in Belgien. Vor vier Jahren waren es 3.000. Einige Unternehmen (aus Rumänien, Bulgarien und Polen) entsenden Arbeiter nach Spanien. Die Gesamtanzahl ist aber rückgängig. Vor dem EU-Beitritt lief es besser. Die Zusammenarbeit besteht aber fort, weil sie häufig besondere Qualifikationen aufweisen. Portugiesische Unternehmen entsenden auch Arbeitnehmer. Marokkanische Arbeitnehmer sind auch im Einsatz bei uns. Sie werden jedoch nie von Unternehmen entsandt. Neu ist, dass ein Unternehmen aus Murcia Arbeitnehmer nach Gross-Britannien entsendet.

Silvia CONDE DE MARCOS, Federación Agroalimentaria de CC.OO.: Ich kenne die genauen Zahlen nicht. Wir entsenden in unsere Regionen. Es ist schwierig, die Arbeitnehmer an Ort und Stelle anzusprechen. Wir wissen, dass Arbeitnehmer

1



Mit der finanziellen Unterstützung der EU
VS/2009/0472



marokkanischer Abstammung unter schlechten Bedingungen arbeiten. In Sevilla werden die ungepflückten Apfelsinnen an Unternehmen verkauft, die sie dann ernten und weiterverkaufen. Die Arbeitsbedingungen und die Löhne verschlechtern sich. Die Arbeitsaufsicht hat Schwierigkeiten, ihre Arbeit gründlich durchzuführen, weil diese Unternehmen Verzweigungen in anderen Ländern haben. Es gibt Rumänen mit Kindern. Das spanische Unternehmen sei aber nicht verantwortlich, sondern der Betrieb, der den Arbeitsvertrag ausstellt¹. Es ist daher schwierig, festzustellen, ob sie entsandt worden sind oder nicht.

Arnd SPAHN: Die Entsendung von Arbeitnehmern ist eine neue Erscheinung. Ich habe drei Beispiele, die ich erläutern will:

1. Bulgarien: Es gibt kaum ausländische Arbeitnehmer in der Landwirtschaft. Vietnamesische Unternehmen bieten aber Arbeitskräfte an. Die Regierung hat diese Initiative begrüßt und so erhalten diese 16.000 in Bulgarien tätigen Arbeitnehmer 20 Cents pro Stunde. Dies ist legal, sie verdienen 80 Euros, zahlen ihre Fahrtkosten, ihre Mahlzeiten, usw.
2. Deutschland: 300.000 Saisonarbeiter sind in Deutschland tätig. Polnische und rumänische Arbeitnehmer schicken Mails und bieten Unternehmen an, die Arbeitnehmer entsenden. Zurzeit ist dieses Phänomen noch nicht ausgeprägt. Es wird sich aber künftig ausbreiten.
3. Italien: Zehntausende von Arbeitern aus Rumänien, Kroatien, Mazedonien und anderen Balkanstaaten sind dort tätig. Die Arbeitgeber wenden sich per Mail an die Arbeitnehmer und die Unternehmen. Es handelt sich um eine sehr mächtige und unkontrollierbare Gruppe, weil die Arbeitsinspektoren nicht informiert sind.

In diesen drei Ländern stellen wir eine besonders wichtige Entwicklung in der Landwirtschaft fest. Wir haben keine Angaben über die Legalität dieser Entwicklung. Die italienischen Gewerkschaften sind der Auffassung, dass sie illegal ist. Wir haben jedoch keine weiteren Informationen darüber. Während der Konferenz in Marseille hat der marokkanische Kollege die Situation der marokkanischen Frauen geschildert,

die als Rückkehrgarantie ein Kind in ihrem Heimatland hinterlassen müssen, um in der EU arbeiten zu können. Das hat zu einer Situation geführt, wo Kinder gekauft werden. Wir wissen nicht, wo die Frauen geblieben sind. In Almeria (Spanien) ist der Arbeitsmarkt transparent.

¹ Die Richtlinie 96/71/EG erweitert jedoch die Verantwortung auf das verwendende Unternehmen.





Paz MARTIN RODRIGUEZ: Vor zwei Jahren haben wir Mails mit Arbeitsangeboten erhalten. Wir haben aber nicht geantwortet. Die Absender waren rumänische Unternehmen. Letztes Jahr war jedoch wieder Funkstille.

Jesus ACASUSO: 20.000 rumänische Arbeiternehmer haben legal mit Verträgen gearbeitet. Es waren jedoch keine entsandten Arbeitnehmer. Wir haben auch 5.000 marokkanische Arbeitnehmerinnen empfangen. Die Regierung und die Arbeitgeber haben sie auf der Grundlage der spanischen Gesetzgebung eingestellt. Dieses Jahr waren nur wenig ausländische Arbeitnehmer anwesend, weil wir erst auf sie zurückgreifen können, wenn nach drei Monaten die Stelle nicht durch einheimische Arbeiter besetzt werden können. Diese Regel ist seit 1999 in Kraft. Im Bausektor, im Hotelgewerbe und gleichartigen Dienstleistungen werden jedoch auch ausländische Arbeiter eingestellt.

Rumänische und marokkanische Unternehmen stellen falsche Arbeitsverträge aus für spanische Betriebe, die keine Arbeitnehmer suchen. Gemäss europäischer Gesetzgebung müssen diese Menschen die im Gastland üblichen Löhne erhalten.

Wir sind gegen die Richtlinie „Saisonarbeiter“, weil das Kontrollsystem keine Garantien enthält. Europa fördert die „Minilöhne“. Die Richtlinie verlangt auch, dass die Sozialgesetzgebung des entsendenden Staates angewendet werden muss. Für uns ist die Öffnung der Grenzen für Saisonarbeiter aus der ganzen Welt problematisch.

Arnd SPAHN: Wir haben keine Grunddaten über die entsandten Arbeitnehmer in Spanien.

Silvia CONDE DE MARCOS: der Einsatz von entsandten Arbeitnehmern erfolgt nach Bedarf während den Ernten. Diese Arbeiter leisten Saisonarbeit. In den provinziellen Ausschüssen sprechen wir über die Probleme dieser Arbeitnehmer, insbesondere über ihre Unterkunft. Infolge der Krise hat sich die Situation verändert: Die Vertreter der Arbeitnehmer haben die Regierung aufgefordert, eine Liste der zu besetzenden Arbeitsplätze zu erstellen. Diese umfasst aber nicht den Agrarsektor. Die Regierung will, dass man sich an die für die Landwirtschaft zuständigen Arbeitsagenturen wendet. Seit dem Ausbruch der Krise ist die Nachfrage zurückgegangen.

Arnd SPAHN: Es gibt einen Ausschuss, der sich mit der Überarbeitung der Richtlinie „entsandte Arbeitnehmer“ befasst. Er setzt sich aus Vertretern der Regierungen, der Sozialpartner und der Kommission zusammen. In diesem Ausschuss haben wir erfahren, dass es keine entsandten Arbeiter gibt. Dublin wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Auf dem gesamten EU-Gebiet wurden weniger





als 10.000 gezählt. Der Agrarsektor wurde nicht einbezogen. Anscheinend gibt es keinen Agrarsektor. Für mehr als 100.000 Arbeitnehmer ist die spanische Gesetzgebung anwendbar. Das ist ein wichtiger Faktor für die rumänischen und polnischen Arbeitnehmer. Unser Problem besteht darin, dass eine ausländische Gesetzgebung massgebend ist für die Entlohnung. Für die Sozialpartner und die Regierung ist diese Situation undurchsichtig. Dass vietnamesische oder marokkanische Arbeitnehmer nach ihrer jeweiligen Gesetzgebungen behandelt werden, ist legal. Es gibt aber einen Unterschied zwischen 5 € die Stunde in Spanien und 5 € pro Tag in Marokko. Für 2010 fehlt es uns an Informationen über Spanien. Für die Landwirtschaft ist EURES unbedeutend.

Gloria DE LUIS: Es kommt auf die Regionen an. In Madrid gibt es keine Landwirtschaft. Es gibt mehr Dienstleistungen im öffentlichen Sektor. Die anderen Regionen müssen die Änderungen mitteilen. Dafür sind die Arbeitgeber und die Gewerkschaften zuständig. Nur in den Regionen spielt die Landwirtschaft eine gewichtige Rolle.

Arnd SPAHN: EURES verwaltet 0,1 % der Arbeitsplätze im Agrarsektor der UE. Wie fordern, dass EURES den AGRIPASS integriert. 70 % der Mobilität in Europa erfolgt in der Landwirtschaft.

Gloria DE LUIS: 2 % der Mobilität in der europäischen Union. Der Agrarsektor hat ein eigenes Sozialversicherungssystem. In Spanien ist es allgemein verbreitet und die Sondersysteme haben besondere Strukturen. Die spanische Wirtschaft stützte sich auf den Bausektor. Die arbeitslosen unqualifizierten Arbeitnehmer suchen Arbeit im Agrarsektor. Der Arbeitsmarkt ist nicht flexibel. Transparenz und Mobilität sind schwer zu erreichen.

Arnd SPAHN: Es gibt sieben Millionen Landwirte, wovon vier Millionen in anderen Ländern tätig sind. 100.000 sind im eigenen Land mobil. Die Wanderungsquote liegt bei 70 %.

Gloria DE LUIS: EURES könnte sich mehr in die Landwirtschaft engagieren. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Arnd SPAHN: Von den 4 Millionen sind es weniger als 40.000, die im EURES-System registriert sind. Seit 5 Jahren wird über eine Änderung dieser Situation und die Integration von AGRIPASS diskutiert.

Paz MARTIN RODRIGUEZ: In Spanien gibt es verschiedene Arbeitsarbeitsagenturen je nach Regionen. Die Landarbeiter bilden eine besondere





Gruppe und Sondersysteme sind nicht erwünscht. Die Gesetzgebung und die Mentalität der Menschen müssen geändert werden.

Jesus ACASUSO: Die regionalen Arbeitsagenturen bieten Stellen an. Wenn dieses Stellen nach drei Monaten Suche nicht besetzt werden konnten, können Ausländer angeworben werden. Wir gingen von drei Bewerbern für eine Stelle aus. Das Verhältnis liegt aber bei 1,2.

Arnd SPAHN schliesst die Konferenz. Er weist darauf hin, dass die Diskussion über entsendete Arbeitnehmer am 9. November in Brüssel weitergeführt wird. Nach der Konferenz wird ein Bericht erstellt, der an alle Akteure des Agrarsektors und an einen weiteren Kreis verteilt wird. Er bedankt sich bei allen Teilnehmern.

